

**ENZYKLOPÄDIE
DEUTSCHER
GESCHICHTE
BAND 2**

**ENZYKLOPÄDIE
DEUTSCHER
GESCHICHTE
BAND 2**

**HERAUSGEGEBEN VON
LOTHAR GALL**

**IN VERBINDUNG MIT
PETER BLICKLE
ELISABETH FEHRENBACH
JOHANNES FRIED
KLAUS HILDEBRAND
KARL HEINRICH KAUFHOLD
HORST MÖLLER
OTTO GERHARD OEXLE
KLAUS TENFELDE**

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK 1871–1918

VON
KLAUS HILDEBRAND

3., überarbeitete und um einen
Nachtrag erweiterte Auflage

R. OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 2008



150 Jahre
Wissen für die Zukunft
Oldenbourg Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: Eine Karikatur aus dem „Punch“ von John Tenniel vom 6. Oktober 1888 zeigt den jungen Kaiser Wilhelm II. und den alten Reichskanzler Otto von Bismarck als „Daedalus Bismarck“ und „Icarus Wilhelm“. Mit den ins Englische übersetzten Versen aus Ovids Metamorphosen warnt und beschwört Bismarck den zum Höhenflug abhebenden Kaiser, Vorsicht, Maß und Zurückhaltung walten zu lassen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Satz: Schmucker-digital, Feldkirchen b. München

Druck: MB Verlagsdruck, Schrobenhausen

Bindung: Buchbinderei Kolibri, Schwabmünchen

ISBN 978-3-486-58698-5

Vorwort

Die „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ soll für die Benutzer – Fachhistoriker, Studenten, Geschichtslehrer, Vertreter benachbarter Disziplinen und interessierte Laien – ein Arbeitsinstrument sein, mit dessen Hilfe sie sich rasch und zuverlässig über den gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse und der Forschung in den verschiedenen Bereichen der deutschen Geschichte informieren können.

Geschichte wird dabei in einem umfassenden Sinne verstanden: Der Geschichte der Gesellschaft, der Wirtschaft, des Staates in seinen inneren und äußeren Verhältnissen wird ebenso ein großes Gewicht beigemessen wie der Geschichte der Religion und der Kirche, der Kultur, der Lebenswelten und der Mentalitäten.

Dieses umfassende Verständnis von Geschichte muss immer wieder Prozesse und Tendenzen einbeziehen, die säkularer Natur sind, nationale und einzelstaatliche Grenzen übergreifen. Ihm entspricht eine eher pragmatische Bestimmung des Begriffs „deutsche Geschichte“. Sie orientiert sich sehr bewusst an der jeweiligen zeitgenössischen Auffassung und Definition des Begriffs und sucht ihn von daher zugleich von programmatischen Rückprojektionen zu entlasten, die seine Verwendung in den letzten anderthalb Jahrhunderten immer wieder begleiteten. Was damit an Unschärfen und Problemen, vor allem hinsichtlich des diachronen Vergleichs, verbunden ist, steht in keinem Verhältnis zu den Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch einer zeitübergreifenden Festlegung ergäben, die stets nur mehr oder weniger willkürlicher Art sein könnte. Das heißt freilich nicht, dass der Begriff „deutsche Geschichte“ unreflektiert gebraucht werden kann. Eine der Aufgaben der einzelnen Bände ist es vielmehr, den Bereich der Darstellung auch geographisch jeweils genau zu bestimmen.

Das Gesamtwerk wird am Ende rund hundert Bände umfassen. Sie folgen alle einem gleichen Gliederungsschema und sind mit Blick auf die Konzeption der Reihe und die Bedürfnisse des Benutzers in ihrem Umfang jeweils streng begrenzt. Das zwingt vor allem im darstellenden Teil, der den heutigen Stand unserer Kenntnisse auf knappstem Raum zusammenfasst – ihm schließen sich die Darlegung und Erörterung der Forschungssituation und eine entsprechend gegliederte Aus-

wahlbibliographie an –, zu starker Konzentration und zur Beschränkung auf die zentralen Vorgänge und Entwicklungen. Besonderes Gewicht ist daneben, unter Betonung des systematischen Zusammenhangs, auf die Abstimmung der einzelnen Bände untereinander, in sachlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die übergreifenden Fragestellungen, gelegt worden. Aus dem Gesamtwerk lassen sich so auch immer einzelne, den jeweiligen Benutzer besonders interessierende Serien zusammenstellen. Ungeachtet dessen aber bildet jeder Band eine in sich abgeschlossene Einheit – unter der persönlichen Verantwortung des Autors und in völliger Eigenständigkeit gegenüber den benachbarten und verwandten Bänden, auch was den Zeitpunkt des Erscheinens angeht.

Lothar Gall

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort des Verfassers | XI |
| <i>I. Enzyklopädischer Überblick.</i> | 1 |
| A. Im Zeichen der „Saturiertheit“: Die gezügelte Macht | 1 |
| 1. „Halbe Hegemonie“ und europäisches Gleichgewicht 1871–1875 | 1 |
| 2. Eine „Periode der kontinentalen Hochspannung“ 1875–1879 | 5 |
| 3. Das „Jahrfünft verhältnismäßiger Entlastung“ 1879–1884/85. | 10 |
| 4. Die west-östliche Doppelkrise 1885–1887 | 14 |
| 5. Das „System der Aushilfen“ 1887–1890 | 18 |
| B. Im Banne des Prestiges: Die entfesselte Macht | 23 |
| 1. „Neuer Kurs“ und fehlende Linie 1890–1897 | 23 |
| 2. Von der Politik einer „freien Hand“ zur Isolierung des Deutschen Reiches 1897–1908. | 28 |
| 3. „Auskreisung“ als „Einkreisung“ 1909–1914 | 32 |
| 4. Julikrise und Kriegsausbruch 1914. | 37 |
| 5. Friedenssuche und Kriegsziele 1914–1918. | 42 |
| <i>II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung</i> | 49 |
| A. Das Ringen um die Kriegsschuld | 49 |
| 1. Akten als Waffen | 49 |
| 2. Grundmuster der Interpretation. | 54 |
| B. Im Schatten der „deutschen Katastrophe“ | 63 |
| 1. Der neue Konsens. | 63 |
| 2. Probleme der Quellenbasis – ein Exkurs | 69 |

| | |
|--|------------|
| C. Die Bedeutung der „Fischer-Kontroverse“ | 72 |
| 1. Fritz Fischers Anstoß | 72 |
| 2. Die wesentlichen Antworten der Geschichtswissenschaft. | 78 |
| D. Um den Primat der Innen- oder Außenpolitik | 85 |
| 1. Die inneren Bedingungen der äußeren Politik | 85 |
| 2. Die Reaktionen der Herausgeforderten | 91 |
| E. Macht und Mentalität als zentrale Begriffe gegenwärtiger Deutung. | 98 |
| 1. Positionen der Historiographie | 98 |
| 2. Perspektiven der Forschung | 104 |
| F. Ergebnisse und Entwicklungen der Geschichtsschreibung seit 1989. Nachtrag zur 3. Auflage. | 114 |
| 1. Zum Stand der Forschung | 114 |
| 2. Quellen und Materialien | 120 |
| 3. Gesamtdarstellungen | 125 |
| 4. Zur Ära Bismarck. | 128 |
| 5. Zur Wilhelminischen Epoche. | 137 |
| 6. Zum Ersten Weltkrieg. | 147 |
| | |
| <i>III. Quellen und Literatur</i> | <i>153</i> |
| A. Quellen. | 153 |
| Akten – Dokumente – Persönliche Quellen | 153 |
| B. Literatur | 155 |
| 1. Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik (1871–1918) aus dem Zeitraum 1919–1945 | 155 |
| 1.1 1871–1918 | 155 |
| 1.2 1871–1890 | 156 |
| 1.3 1890–1918 | 158 |
| 2. Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik (1871–1918) aus dem Zeitraum 1945–1961 | 160 |
| 2.1 1871–1918 | 160 |
| 2.2 1871–1890 | 160 |
| 2.3 1890–1918 | 161 |

| | |
|--|-----|
| 3. Zur „Fischer-Kontroverse“ | 162 |
| 4. Zur Debatte um den Primat der Innen- oder Außenpolitik | 166 |
| 5. Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik (1871–1918): Positionen und Tendenzen. | 169 |
| 6. Ergebnisse und Entwicklungen der Geschichts- schreibung seit 1989. Nachtrag 2008 | 176 |
| 6.1 Zum Stand der Forschung | 176 |
| 6.2 Quellen und Materialien | 178 |
| 6.3 Gesamtdarstellungen | 179 |
| 6.4 Zur Ära Bismarck | 180 |
| 6.5 Zur Wilhelminischen Epoche | 182 |
| 6.6 Zum Ersten Weltkrieg | 188 |
| Register. | 191 |
| Themen und Autoren | 201 |

Vorwort des Verfassers

Auf knappstem Raum die Entwicklung der deutschen Außenpolitik zwischen der Gründung des Bismarckreiches und dem Ende des Ersten Weltkrieges, wenn auch nur im Rahmen eines enzyklopädischen Überblicks, und die siebzigjährige Forschungsgeschichte des Untersuchungsgegenstandes, wenn auch nur in einem mit der notwendigen Differenzierung gezeichneten Grundriss, darzustellen, erfordert neben Auswahl und Konzentration vor allem Verzicht. Diesem Gebot sind so manches aussagekräftige Zitat und mancher gedankliche Zusammenhang, mancher erläuternde Verweis auf das innenpolitische Geschehen und mancher erklärende Exkurs in die internationalen Beziehungen, ja sogar manche Erwähnung eines historischen Faktums geopfert worden. Dennoch hofft der Autor, dass Disposition und Ausführung dieses Bandes für das abgehandelte Thema die wesentlichen Tatsachen und Probleme bieten und darüber hinaus die maßgeblichen Grundmuster und Tendenzen der Geschichtswissenschaft spiegeln. Prinzipiell lässt sich vor solchem Hintergrund aber vor allem dies feststellen:

Zum einen hat die für die Forschung lange Zeit so charakteristische, intensive Beschäftigung mit den gesellschaftlichen und innenpolitischen Bedingungen äußerer und internationaler Politik gerade deren hohen Grad an Eigenständigkeit deutlicher als bisher hervortreten lassen. Und zum anderen mahnt besonders der Rückblick auf die Entwicklung der Geschichtsschreibung zur Bescheidenheit gegenüber dem Reichtum der historiographischen Tradition, wie er gleichzeitig dazu ermuntert, sich immer wieder aufs Experimentelle einzulassen. Dass die Geschichtswissenschaft aufs Ganze, anders freilich als manche ihrer Protagonisten, dem damit verbundenen Wagnis nicht erliegt, hat mit der zwar langsam, aber dafür um so gründlicher arbeitenden Tätigkeit jenes oftmals Umwege beschreitenden und sich auch in Widersprüchen vollziehenden Prozesses der Forschung zu tun, der den Weizen von der Spreu, das Beständige vom Modischen, das Richtige vom Falschen auf Dauer verlässlich trennt.

Neben Dr. Adolf Dieckmann vom Oldenbourg Verlag, an dessen umsichtige Betreuung des Manuskripts ich mich gerne erinnere, danke ich für Kritik, Anregungen und Verbesserungsvorschläge, die mir in

reicher Zahl zuteil geworden sind, vor allem den Professoren Lothar Gall, Andreas Hillgruber und Gregor Schöllgen sowie meinem Mitarbeiter Christoph Studt M.A., der sich auch der Erstellung des Registers angenommen hat. Für vielerlei Hilfe, nicht zuletzt bei der Literaturbeschaffung, weiß ich mich Herrn Joachim Scholtyseck M.A. ebenso verbunden, wie ich Frau Monika Handke und Frau Helga Kempen meinen Dank für die maschinenschriftliche Übertragung des Manuskripts sage.

Bonn, im März 1988

K. H.

Vorwort zur 3. überarbeiteten und erweiterten Auflage

Die Geschichte der deutschen Außenpolitik im Zeitraum zwischen 1871 und 1914 spiegelt Grundmuster und Grundprobleme der zwischenstaatlichen Beziehungen, die von zeitenthobener Bedeutung und zugleich von unverkennbarer Aktualität sind: Dass der französische Staatspräsident François Mitterrand beispielsweise im Zusammenhang mit der Revolution der Staatenwelt an der Zeitenwende der Jahre 1989/90 einen Rückfall in die „Vorstellungswelt von 1913“ unbedingt zu vermeiden bestrebt war, spricht dafür ebenso, wie der Gegensatz von Hegemonie und Gleichgewicht, die Antinomie von Imperium und Staatenvielfalt, das Ringen um Macht und Gegenmacht die einschlägige Debatte in unseren Tagen unübersehbar beschäftigen.

Mehr noch: Die Globalisierung der weltwirtschaftlichen und internationalen Verhältnisse um 1900; die damit einhergehende Entstehung einer den amerikanischen und ostasiatischen Teil der Erde umfassenden Weltpolitik; die Existenz asymmetrischer Kriege in den abhängigen Regionen der kolonialen und halbkolonialen Welt; und die sich gleichzeitig regenden Bewegungen zur Dekolonisierung unterstreichen die Erheblichkeit des weit über sich hinausweisenden Untersuchungsgegenstandes.

Und schließlich geht es im Wechselspiel zwischen inneren und äußeren, zwischen gesellschaftlichen und internationalen Faktoren nationalstaatlicher Politik um die gleichfalls bis heute kontrovers erörterte Frage, ob die innere Verfasstheit eines Gemeinwesens seine äußere Politik maßgeblich beeinflusst oder ob die internationalen Bedingungen dafür entscheidend sind, ja ihrerseits auf die innere Politik ausschlaggebend einzuwirken pflegen.

Nicht zuletzt unter diesen Gesichtspunkten erschien es dem Verfasser sinnvoll, seine Geschichte der „Deutsche[n] Außenpolitik 1871–1918“ zu überarbeiten und zu aktualisieren, im „Enzyklopädischen Überblick“ das zu korrigieren, was der vorangeschrittene Stand der Geschichtswissenschaft erfordert, und die „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“ um die Ergebnisse zu erweitern, die in den Jahren seit 1989 von der Historiographie unterbreitet worden sind.

Für alle Unterstützung, die mir bei meiner Arbeit zuteil geworden ist, danke ich vor allem Professor Lothar Gall und Dr. Christoph Studt. In meinen Dank einbeziehen darf ich Frau Rafaela Hiemann, Frau Elke Kuhaupt sowie die Herren Peter Beule, Patrick Bormann M.A., Holger Löttel M.A. und Mathias Lutz, die mir bei der Erschließung und Beschaffung der zum Teil entlegenen Literatur ebenso wie bei den Korrekturarbeiten mit viel Sachkunde geholfen, sowie Frau Edith Nadolny und Frau Gabriele Nohr, die sich der Schreibearbeiten mit Sorgfalt angenommen haben.

Bonn, im September 2007

K.H.

I. Enzyklopädischer Überblick

A. Im Zeichen der „Saturiertheit“: Die gezügelte Macht

1. „Halbe Hegemonie“ und europäisches Gleichgewicht 1871–1875

Die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 bedeutete für die Entwicklung der Außenpolitik in Deutschland ebenso wie für diejenige des Staatensystems in Europa den Beginn einer neuen Periode ihrer Geschichte. An die Stelle des Deutschen Bundes, dessen Fähigkeit zur Balance und Verteidigung für den Bestand der in Wien 1814/15 eingerichteten Ordnung so lange Zeit konstitutiv gewirkt hatte, war nunmehr ein massiv gefügter Block getreten, der das Vermögen zur Machtprojektion und zum Angriff besaß. Deutschland nahm auf dem Kontinent eine „vorwaltende Stellung“ [37: O. HINTZE, Hohenzollern, 651] ein und schien als Repräsentant einer „halben Hegemonie“ (LUDWIG DE-
HIO), zumindest vorläufig und im Urteil seiner kontinentalen Nachbarn, die Balance Europas eher zu gefährden als zu stärken. Denn niemand konnte zu Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts ohne weiteres annehmen, Preußens furchterregende, wirtschaftlich, militärisch und machtpolitisch fundierte Dynamik würde nun auf einmal von eben demjenigen Staatsmann, Otto von Bismarck, gezügelt, der für die siegreiche Kriegführung Preußens in den sechziger Jahren verantwortlich gewesen war. Den entsprechenden Versicherungen des Reichskanzlers mussten erst noch die Taten folgen, die Deutschlands „Saturiertheit“ unter Beweis stellten. Und manche besorgten Beobachter fragten sich bereits unmittelbar nach der Reichsgründung, inwieweit die Folgen der drei siegreichen Kriege, die sich gegen Bismarcks Willen einstellten und die sich in einer verstärkten Militarisierung des politischen Lebens überall in Europa bemerkbar machten, verhängnisvoll, über die Absichten von Personen und Staaten hinweg, triumphieren würden (vgl. unten 99 f.).

Reichsgründung

„Halbe Hegemonie“

Nicht allzu lange dauerte zudem jene wirtschaftliche Prosperität noch an, die die Hochstimmung der Gründerjahre so maßgeblich beeinflusst hatte. An ihre Stelle trat seit 1873 die sog. „Große Depression“.

Sie reichte noch weit über die Zäsur des Jahres 1890 hinaus, begleitete die „Ära Bismarck“ durchaus belastend und trug mit dazu bei, dass ungeachtet der Erfolge und Leistungen auf dem Felde der Innen- und vor allem der Außenpolitik, nicht zuletzt angesichts der Bewahrung des äußeren Friedens, eine gar nicht zu verkennende Stimmung der Unzufriedenheit die späteren Jahre der Kanzlerschaft Otto von Bismarcks charakterisierte. Die von dem Reichskanzler aus Gründen der Überlebensnotwendigkeit gewählte Politik der „Saturiertheit“, mit der er die bedrohlichen Folgen der drei siegreichen Kriege und eine Koalition der Mächte gegen das Reich abzuwehren bestrebt war, bedeutete nämlich für eine Generation, die die Erfolge der Reichsgründung schon bald als selbstverständlich ansah, unerträglichen Stillstand. Die Hypothek der Bewegungslosigkeit wirkte, zumal in einem Zeitalter rapiden internationalen und industriellen Wandels, zunehmend bedrückender.

„Saturiertheit“ und
Bewegungslosigkeit

Konservative
Außenpolitik

Der Reichsgründer ging zunächst daran zu erproben, wie das Werk seines „Machtspiels“ (THEODOR SCHIEDER) zu sichern sei. Dabei wählte er den Weg, die deutsche Innen- und Außenpolitik weitgehend in Übereinstimmung mit den Interessen der konservativen Mächte Europas zu führen, denn ein solches von Berlin aus dirigiertes System bot die Chance, Frankreich isolieren zu können. Die Voraussetzungen für eine solche Politik, so schwierig sie sich auch anließ, waren durchaus vorhanden. Großbritannien, das teilweise desinteressiert und teilweise davon profitierend die Reichsgründung toleriert hatte, verfolgte zumindest bis zum Regierungswechsel des Jahres 1874 eine Politik der Nichteinmischung und der Distanz gegenüber den kontinentaleuropäischen Angelegenheiten. Russland, das in wohlwollender Neutralität Preußens Politik und Kriegführung während der sechziger Jahre gefördert hatte, reflektierte nun auf ein Entgegenkommen der Deutschen. Darin lag für Bismarcks Politik zugleich eine willkommene Chance und eine gar nicht zu verkennende Bürde. Denn Österreich-Ungarn war, bereits unter Reichskanzler Beust und sodann ganz entschieden unter Außenminister Andrassy, an Deutschlands Seite getreten, verfolgte allerdings, insbesondere durch den Ungarn Andrassy, eine antirussisch akzentuierte Außenpolitik. Sie konnte für Deutschland ebenso unangenehme Folgen mit sich bringen, wie, ganz entgegengesetzt dazu, die Gefahr einer Verbindung der Donaumonarchie mit Russland nicht auszuschließen war. Daher erschien auch die Möglichkeit eines Krieges zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn in jenen Jahren nach dem Urteil eines so kompetenten Diplomaten wie des englischen Botschafters Odo Russell nicht selten akuter als die einer militärischen Auseinandersetzung Deutschlands mit Frankreich. Dessen Ostdepartements

Die Großmächte und
das neue Reich

blieben bis 1873 von deutschen Truppen besetzt; machtpolitisch war Frankreich vorläufig lahmgelegt und weitgehend isoliert.

Sich mit Österreich-Ungarn und Russland zu arrangieren, war die Absicht der innen- und außenpolitisch konservativen Strategie Bismarcks zu Beginn der siebziger Jahre. Die Zusammenkunft der drei Kaiser im September 1872 führte zwar nicht zu festen Verabredungen zwischen ihren Reichen, knüpfte jedoch das Band monarchischer Solidarität enger. Konkrete Versicherungen enthielt dagegen die von den Feldmarschällen Graf Moltke und Graf Berg am 6. Mai 1873 in St. Petersburg unterzeichnete und noch am selben Tag von den Monarchen ratifizierte deutsch-russische Militärkonvention. Dagegen blieb das am 6. Juni 1873 zwischen Kaiser Franz Joseph und Zar Alexander II. geschlossene Schönbrunner Abkommen, dem Kaiser Wilhelm I. am 22. Oktober durch Akzession beitrug und das als Dreikaiserabkommen bekannt wurde, politisch dahinter zurück. Immerhin einigten sich die Herrscher darauf, „den gegenwärtig in Europa herrschenden Friedenszustand zu befestigen“ und „auf dem Gebiete der Grundsätze“ zusammenzustehen.

Verhältnis zu Österreich-Ungarn und Russland 1872/73

Wie brüchig diese Solidarität der Monarchien freilich war, wurde allzubald offenkundig. Während des krisenreichen Jahres 1874 spitzte sich das Verhältnis zum Zarenreich, dem für Deutschland wichtigsten Partner auf dem Kontinent, mehr und mehr zu. Im Frühjahr sah sich das Reich angesichts einer russisch-österreichischen Annäherung ebenso bedroht, wie Bismarck im Herbst des gleichen Jahres durch Fühlungen zwischen Russland und Frankreich aufgeschreckt wurde. Nicht zuletzt gegen Frankreich, das sich machtpolitisch eher als erwartet erholte und aufgrund der deutschen Annexion von Elsass-Lothringen auf Dauer als unversöhnlich eingeschätzt wurde, darüber hinaus aber auch angesichts der angespannten internationalen Konstellation, in der sich das junge Reich befand, verstärkte Deutschland durch das Wehrgesetz vom Mai des Jahres 1874 erst einmal seine militärische Schlagkraft. Doch selbst die eindrucksvolle Tatsache, dass man in Zukunft über 400 000 Mann unter Waffen zu halten gedachte, vermochte nicht die zentrale, nach einer Antwort verlangende Frage zu lösen, welche Chancen überhaupt bestanden, die unübersehbare latente bzw. akute Isolierung des Deutschen Reiches aufzulockern.

Krisenreiches Jahr 1874

Drei grundsätzliche Wahlchancen deutscher Außenpolitik: Konvenienzstrategie, Präventivkrieg, Gleichgewichtsdiplomatie sind von Bismarck, will man der systematisierenden Interpretation Andreas Hillgrubers folgen, in diesem Zusammenhang erwogen worden. Bald schon stellte sich heraus, dass die erste dieser Optionen nicht zu ver-

Wahlchancen deutscher Außenpolitik

wirklichen war. Um die sich im Fortgang des Jahres 1874 zunehmend verschlechternde Lage allgemein zu testen und um insbesondere herauszufinden, welche Intensität die mannigfachen Verbindungen zwischen St. Petersburg und Paris gewonnen hatten, schickte der Reichskanzler im Februar 1875 unter dem Vorwand normaler diplomatischer Tätigkeit den von ihm besonders geschätzten Gesandten von Radowitz auf eine Mission an die Nawa. Neuere Forschungen lassen es als wahrscheinlich gelten (vgl. unten 103), dass er zu erkunden beauftragt war, inwieweit Russland mit Deutschland zusammenzuarbeiten bereit und ob es den Bestand des Reiches einschließlich der den Franzosen entwundenen Provinzen zu garantieren willens war, wenn ihm dafür zu Lasten der Donaumonarchie in Südosteuropa Kompensationen angeboten wurden. Die russische Staatsführung winkte ab; die Wahlchance einer territorialen Kompensationslösung im Zusammenwirken mit Russland schied vorerst aus.

„Mission Radowitz“

In dieser sich für das Deutsche Reich zuspitzenden internationalen Situation nahm die französische Kammer am 13. März 1875 ein Kadergesetz an, das die militärische Schlagkraft Frankreichs zukünftig verbesserte und die strategischen Überlegungen der deutschen Militärs zu durchkreuzen drohte. Ohne dass irgendeine Seite im Frühjahr 1875 mit einer echten Kriegsabsicht drohte, kam es zu einer europäischen Krise, nachdem am 8. April ein von Constantin Rössler verfasster Artikel in der nicht selten für offiziöse Zwecke verwendeten „Post“ erschienen war, der in seiner Überschrift die Frage aufwarf: „Ist der Krieg in Sicht?“ Diese Provokation kam Bismarck nicht ungelegen, um auf die Neue die allgemeine politische Lage zu sondieren.

„Krieg-in-Sicht“-
Krise 1875

Die Weltmächte Großbritannien und Russland nahmen die politische Herausforderung des Reiches ernst und demonstrierten Bismarck unmissverständlich die Grenze deutschen Einflusses. Präventivkriegsabsichten im Sinne einer außenpolitischen Option des Deutschen Reiches hatten im Verlauf der Krise sowohl der Gesandte von Radowitz als auch der Chef des preußischen Generalstabes, Graf Moltke, zu erkennen gegeben, während Bismarck selbst, wie zuvor im Jahre 1867 und wie danach im Jahre 1887, von dieser Möglichkeit nichts wissen wollte. Er gedachte vielmehr, vor allem Frankreich zu isolieren und nicht zuletzt auch Österreich-Ungarn die Macht des Deutschen Reiches drohend vor Augen zu führen. Angesichts der Intervention der Russen und Engländer aber fand er sich in der ersten Hälfte des Monats Mai 1875 auf einmal selbst in der Rolle des Isolierten.

So scharf er diese Gefahr auch erkannte und daraus die Konsequenz zukünftiger Friedenspolitik zog, so mag er doch zu gering veran-

schlagt haben, dass die Garantie des europäischen Status quo durch die Weltmächte auch den Bestand des jungen Deutschen Reiches beinhaltete. Unzweideutig hatte die „Krieg-in-Sicht“-Krise des Frühjahrs 1875 Möglichkeiten und Grenzen deutscher Außenpolitik demonstriert. Es war dem Reich offensichtlich verwehrt, die europäischen Machtverhältnisse durch Konvenienzpolitik oder Präventivkrieg zu seinem Vorteil zu verändern. Was ihm blieb, war die Möglichkeit, Europas Frieden und Deutschlands Existenz durch eine auf militärische Schlagkraft begründete Diplomatie des Gleichgewichts zu erhalten. Sehr bald schon regte sich wieder einmal die orientalische Frage, und damit standen die europäischen Mächte vor neuen Problemen, die alle Blicke auf die Peripherie des Kontinents lenkten. Dass sich für das Deutsche Reich daraus eine vordergründige Entlastung ergab, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es damit einhergehend gleichzeitig eine „Periode der kontinentalen Hochspannung“ [41: G. RITTER, England, 543] zu durchmessen hatte.

2. Eine „Periode der kontinentalen Hochspannung“ 1875–1879

Seit dem Sommer des Jahres 1875 erregte die orientalische Frage erneut die Aufmerksamkeit Europas. Aufständen gegen die türkische Herrschaft in Bosnien und in der Herzegowina (Juli/August 1875) sowie in Bulgarien (Mai 1876) schloss sich ein kriegerisches Vorgehen der Serben und Montenegriner gegen das Osmanische Reich an. Diese Vorgänge bescherten dem Deutschen Reich insofern außenpolitische Erleichterung, als sie das allgemeine Interesse vom deutsch-französischen Gegensatz abzogen. Gleichzeitig jedoch kam Deutschland dadurch in unabsehbare Schwierigkeiten, denn aus den widerstreitenden Ansprüchen der Österreicher und Russen resultierte das sog. Optionsproblem der deutschen Außenpolitik. Eben in dieser krisenhaften Konstellation gewann Bismarcks Außenpolitik ihr Bewegungsgesetz, nämlich durch kontrollierte Benutzung machtpolitischer Rivalitäten Ausgleich zu schaffen und durch gezügelte Pflege internationaler Spannungen Frieden zu stiften.

Zwischen Österreich-Ungarn und Russland – das Optionsproblem

Wie ernst es jedoch vorerst um den Bestand des Dreikaiserabkommens und um die Lage des Deutschen Reiches bestellt war, wurde in der sog. Livadia-Affäre deutlich. Angesichts der kritischen Lage auf dem Balkan gab der Zar gegenüber Kaiser Wilhelm I. am 1. Oktober 1876 telegraphisch seiner Erwartung Ausdruck, dass Deutschland sich ebenso verhalten werde wie Russland im Jahre 1870, falls es zum Krieg zwischen Russen und Österreichern kommen sollte. Für Bismarck ging

„Livadia-Affäre“
1876

es darum, sowohl eine militärische Auseinandersetzung dieser beiden noch im Dreikaiserabkommen miteinander Verbündeten zu vermeiden als auch eine deutsche Option zugunsten von Wien oder St. Petersburg zu umgehen. Denn allein durch das spannungsreiche Zusammenwirken der drei konservativen Staaten vermochte Deutschland seine freie Stellung zwischen den Mächten zu bewahren. Daher lehnte der Reichskanzler es ab, sich im russischen Sinne zu entscheiden.

Gefahr deutscher
Isolierung

Diese Haltung führte das Deutsche Reich in eine gefährliche Isolierung. Denn was sich bereits im russisch-österreichischen Zusammenspiel von Reichstadt im Juli 1876 (betr. den möglichen Erwerb von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn und die österreichische Neutralität im Fall eines russisch-türkischen Krieges) angedeutet hatte, setzte sich nunmehr, für die Deutschen bedrohlich, fort: Im Vertrag von Budapest trafen die Österreicher und Russen am 15. Januar 1877 zweiseitige Absprachen über ihre südosteuropäischen Interessen. Durch Konzessionen auf dem Balkan an Wien sicherte sich der Zar jene Neutralität Österreichs, die er angesichts der ihn nicht zufriedenstellenden Haltung Deutschlands für den nun ins Auge gefassten Krieg gegen die Türkei dringend benötigte.

Russisch-türkischer
Krieg 1877/78

In dem am 24. April 1877 begonnenen Feldzug rückten die Truppen Alexanders II. bis vor die Tore von Konstantinopel. Waren Interesse und Misstrauen des weltmächtlichen Rivalen Großbritannien schon von Beginn des russisch-türkischen Krieges an geweckt, so rief der russischerseits der Türkei am 3. März 1878 diktierte Frieden von San Stefano jetzt auch die Österreicher heftig protestierend auf den Plan. Denn bei der aus diesem Waffengang habgierig eingeheimsten Ernte missachtete St. Petersburg die mit Österreich-Ungarn für die südosteuropäische Region getroffenen Vereinbarungen und drohte vor allem durch die Schaffung eines vom Zarenreich abhängigen Großbulgariens, das sich bis an die Ägäis erstreckte, die Gewichte so grundlegend zu verändern, dass die Balance der Mächte insgesamt gefährdet erschien.

Angesichts der akuten Gefahr eines Krieges zwischen Russland auf der einen, der Donaumonarchie und England auf der anderen Seite, der, einmal ausgebrochen, kaum mehr einzudämmen gewesen wäre und für Deutschland höchste Gefahren mit sich gebracht hätte, lehnte Bismarck es ab, sich einseitig für den russischen Standpunkt zu erklären.

„Kissinger Diktat“
(15. 6. 1877)

Seine eigene Vorstellung über den idealen Zustand der Beziehungen zwischen den Mächten in Europa hatte er im Sommer 1877 während eines Kuraufenthaltes in Bad Kissingen als Skizze entworfen. Danach kam es für die deutsche Politik darauf an, die beständige Gefahr

gegnerischer Koalitionen, sei es die westmächtliche, sei es, ungleich gefährlicher, die russisch-österreichisch-französische, aufzuheben und zu „einer politischen Gesamtsituation“ zu gelangen, in der, fern vom Ziel „irgend eines Ländererwerbes, ... alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“ [2: GROSSE POLITIK 2, 153–154].

Die orientalischen Spannungen aber, die Europas Mächte ein ums andere Mal so tief entzweiten, und Deutschlands immer wieder bekundetes Desinteresse gegenüber diesem Problem, das nicht „die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre“ [15: H. KOHL (Hrsg.), Reden 6, 641], legten es geradezu nahe, aus der russisch-englischen Rivalität in Konstantinopel und an den Meerengen Gewinn zu ziehen für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, des allgemeinen Friedens und der deutschen Großmacht. Eben diesen Zielen diene es zudem, im Zuge einer Politik der von Berlin aus benutzten und kontrollierten Rivalität die österreichisch-russischen Spannungen in Südosteuropa durch die Festlegung von demarkierten Einflusszonen mit umstrittenen Gebietspuffern zu befrieden. Nur eine Politik, die den Selbstständigkeitsbestrebungen der südosteuropäischen Völker keinerlei Verständnis entgegenzubringen imstande war, konnte dem Reich die für seine autonome Existenz notwendige Stellung eines freien Mittlers garantieren.

Diese Position des „ehrlichen Maklers“ gedachte Bismarck auf dem zur Beilegung der internationalen Krise vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 in Berlin tagenden Kongress einzunehmen. Aufgrund territorialer Zugeständnisse, die in vorausgegangenen, jeweils zweiseitig geführten Verhandlungen erreicht worden waren, wurden Großbritannien mit dem auf Pachtbasis übertragenen Besitz von Zypern, Österreich-Ungarn mit der De facto-Herrschaft über Bosnien und die Herzegowina sowie Frankreich durch Aussicht auf Ausdehnung im Bereich des Mittelmeeres zufriedengestellt, während Russland von seiner bulgarischen Beute große Stücke, vor allem die Provinz Ostrumelien, wieder herausgeben musste. Zweifellos verdankte Europa dem deutschen Reichskanzler die Wahrung des Friedens, und nicht zuletzt in Großbritannien, ja zeitweise sogar in Frankreich gewann Bismarcks konservative Wendung zu einer Politik der Bewahrung des Status quo und des Friedens an Überzeugungskraft. Jetzt begann nach einer Phase kontinentaler Hochspannung jene vom deutschen Reichskanzler dominierte Periode europäischer Geschichte, für die die Formel vom „Zeitalter Bismarcks“ am ehesten zutrifft.

Berliner Kongress
(13. 6.–13. 7. 1878)

Krise und
Normalität deutscher
Außenpolitik

Gefährdung und Grenze des Reiches wurden jedoch selbst im Augenblick des mit dem Berliner Kongress verbundenen Erfolges scharf sichtbar. Durchgehend begleitete der Zwang zur außenpolitischen Krisenbewältigung die „Ära Bismarck“ und gehörte über das Maß des für jede Diplomatie Charakteristischen hinaus zur spezifischen Normalität der deutschen Großmacht. Denn im größeren Zusammenhang des Säkulums betrachtet, markierte der Berliner Kongress zum einen die „Wende von einer alten zu einer neuen Zeit“ und bezeichnete die „Zäsur zwischen dem Zeitalter des europäischen Gleichgewichts ... und dem Zeitalter des Imperialismus“ [141: A. NOVOTNY, Berliner Kongreß, 287].

„Ohrfeigenbrief“
(15. 8. 1879)

Zum anderen war, Bismarcks Tatkraft unmittelbar herausfordernd, Russland über die auf dem Kongress an den Tag gelegte Haltung zutiefst enttäuscht. Dies ließ insbesondere das den deutschen Monarchen mit Vorwürfen überhäufende Handschreiben des Zaren vom 15. August 1879 erkennen, welches als „Ohrfeigenbrief“ in die Geschichte eingegangen ist. Auch in außenpolitischer Perspektive wurde Bismarck, parallel zur gleichzeitig vollzogenen Wendung seiner inneren Politik, auf die Suche nach immer neuen „Aushilfen“ verwiesen. Zurückzugewinnen galt es zuerst das sich von Deutschland abwendende Russland, das eben zu dieser Zeit, auch wenn Bismarck an einer vollständigen Trennung wirtschaftlicher und politischer Interessen beharrlich festzuhalten entschlossen war, durch die innenpolitisch bedingte Schutz Zollpolitik des Deutschen Reiches in seinen agrarischen Exportinteressen getroffen wurde.

Deutsch-Österrei-
chischer Zweibund
1879

Der abrupt aufgebrochene Gegensatz zu Russland ließ das Reich an die Donaumonarchie heranrücken. Noch im März 1878 waren „Bündniserörterungen zwischen Bismarck und Andrassy“ [49: W. FRAUENDIENST, Bündniserörterungen, 353–362] von deutscher Seite aus mit Rücksicht auf das Dreikaiserabkommen kaum mehr als dilatorisch geführt worden. Nur ein Jahr später versuchte der deutsche Reichskanzler auf eben diesem Weg das Ziel des nun verloren gegangenen Dreikaiserabkommens wieder zu erreichen. Doch seine Politik reduzierte sich nicht allein darauf. Mit dem Vorschlag, das Bündnis zwischen Wien und Berlin staatsrechtlich zu sichern, es öffentlich sowie parlamentarisch zu verankern und durch „pragmatische Einrichtungen“, besonders eine gemeinsame Zollunion, zu entwickeln, visierte er eine Renaissance des Deutschen Bundes an als „eine[r] Art von gegenseitiger Assekuranz-Gesellschaft für den Frieden“ [2: GROSSE POLITIK 3, 33]. Auf diese Art und Weise versuchte der Reichskanzler, die mit der selbst verordneten Bewegungslosigkeit notwendig verbundene Erstar-